

Abg. Heuel unterstützte den Beschlussvorschlag und verdeutlichte, dass die Auswirkungen der Reduzierung der Regionalniederlassungen auf den Rhein-Sieg-Kreis bzw. die damit verbundene Konsequenz, dass das Kreisgebiet in 2 Bereiche (links- und rechtsrheinisch) aufgeteilt werde und hierfür 2 Ansprechpartner in Euskirchen und Gummersbach zur Verfügung stünden, nicht hingenommen werden könnten. Daher sei dem Landesverkehrsminister NRW die Auffassung des Rhein-Sieg-Kreises zu verdeutlichen. Die CDU-Kreistagsfraktion begrüße dies ausdrücklich.

Abg. H. Becker bekräftigte die Ausführungen des Abg. Heuel. Auch er sehe die Notwendigkeit, dass der Rhein-Sieg-Kreis den Verkehrsminister NRW auf die negativen Auswirkungen der Umstrukturierungen der Regionalniederlassungen hinweise mit dem Ziel, dass die geteilte Zuständigkeit für das Kreisgebiet verhindert wird. Er rege an, den Beschlussvorschlag um weitere 3 Punkte zu ergänzen: Zusätzlich aufzunehmen sei der Hinweis, dass nach den vorliegenden Bedarfsplänen viele Projekte entlang der Rheinschiene anstünden und dass bei der Umsetzung dieser Projekte die räumliche Nähe der zuständigen Regionalniederlassung erhalten bleiben müsse. Ferner werde nach seiner Bewertung das mit der Umstrukturierung verfolgte Ziel, die Wirtschaftlichkeit zu erhöhen, durch die nunmehr beabsichtigte Aufteilung des Kreisgebietes in 2 Zuständigkeiten (Regionalniederlassung Rhein-Berg und Ville-Eifel) und der damit verbundenen Entfernung von den anstehenden Projekten entlang der Rheinschiene verfehlt. Auch das Ziel, dass die Umstrukturierung sozialverträglich erfolge, werde nicht erreicht, da viele Mitarbeiter/innen nunmehr erheblich längere Fahrtzeiten und damit auch zusätzliche finanzielle Belastungen und Einschränkungen in Kauf nehmen müssten.

Abg. Finke betonte, dass die Entscheidung des Verkehrsministers NRW dazu beitragen könne, die staatlichen Einrichtungen entsprechend der Absicht des Landes NRW auch im Bereich des Landesbetriebs Straßenbau NRW zu verschlanken, die Organisation zu straffen und die Mitarbeiter/innen entsprechend diesen neuen Bedürfnissen einzusetzen. Diese Zielsetzung sei, wie auch in vielen anderen behördlichen Einrichtungen, notwendig und grundsätzlich zu unterstützen. Durch die heutige Entscheidung versuche man, auf diese Absichten Einfluss zu nehmen. Dies lehne die FDP-Kreistagsfraktion ab.

Abg. Hartmann äußerte seine Überraschung über die Haltung der FDP-Kreistagsfraktion. Er habe erwartet, dass diese Entscheidung von allen Kreistagsfraktionen einvernehmlich unterstützt wird. Die Nachteile der geplanten Umstrukturierung seien eindeutig. Die beabsichtigten Ziele würden nicht erreicht. Bereits jetzt sei abzusehen, dass der Arbeitsaufwand im Falle der Einrichtung der Regionalniederlassungen in Euskirchen und Gummersbach zunehme und dass die bisherige Nähe der Niederlassung Bonn zu den Projekten entlang der Rheinschiene verloren gehe. Dies könne für die Projekte in der Region von großem Nachteil sein. Die SPD-Kreistagsfraktion unterstütze den Beschlussvorschlag.

Abg. Hurnik erläuterte, dass das von der FDP-Kreistagsfraktion vorgetragene Argument „Bürokratieabbau“ im Hinblick auf die mit der Umstrukturierung verbundenen Nachteile ins Leere laufe. Die Argumentation des Abg. Finke sei weder überzeugend noch nachzuvollziehen.

Der Landrat wies darauf hin, dass er von der Haltung der FDP-Kreistagsfraktion enttäuscht sei und alles unternehmen werde, um zu gewährleisten, dass die Interessen des Rhein-Sieg-Kreises auch in Zukunft zum Tragen kämen. Als Landrat werde er eine getrennte Zuständigkeit keinesfalls auf Dauer akzeptieren. Er stellte sodann den Beschlussvorschlag unter Einbeziehung der Anregungen des Abg. H. Becker zur Abstimmung.

Der Kreisausschuss fasste sodann nachstehenden Beschluss: